

zähem ununterbrochenem Ringen werden wir das uns gesteckte Ziel erreichen. Um dies Ziel zu erreichen, ist es nötig, allen Hader und Streit zu beseitigen, ist es nötig, ohne Leidenschaft und in Ruhe die reichhaltige Tagesordnung der Generalversammlung zu erledigen.

So erwarten wir denn von unseren Delegierten, dass sie die sich an Dresden knüpfenden Befürchtungen zu schanden machen und uns in ernster Beratung unserem Ziele näher bringen. »Kalt Blut« sei die Parole!

Deutscher Senefelder-Bund.

General-Versammlung.

In Folge zweier Anfragen, wie bei der in No. 4 der Mitteilung vom 8. Juni d. J. enthaltenen Anordnung zur Abgeordneten-Wahl, die Bestimmung, betreffend die Aufstellung von Kandidaten, zu verstehen sei? — ob, wenn in einer Mitgliedschaft mehrere Kandidaten in Vorschlag gebracht werden und eine Einigung auf einen nicht zu stande kommt, der Vorort die Bekanntgabe der ihm genannten Kandidaten, mit dem Hinweis, es dürfe nur einer hin, verweigern darf? — wird, um mögliche Zweifel auch an anderen Orten hiermit zu beseitigen, erwidert: Es ist nicht gesagt, dass nur ein Kandidat aufgestellt werden darf, der betreffende Satz in Mitteilung No. 4 ist so aufzufassen: Jeder Mitgliedschaft steht das Recht der Kandidaten-Aufstellung zu, — der Vorort darf die Bekanntgabe, von mehr als einen Kandidaten aus einer Mitgliedschaft, nicht verweigern.

Der Haupt-Vorstand.

I. A.: Gg. Dietrich.

Bekanntmachungen.

Die Differenzen bei der Firma Priester & Eyck, Berlin, sind nach dreiwöchentlichem Streik durch gegenseitiges Uebereinkommen zur vollen Zufriedenheit beider Teile am Sonnabend, den 9. Juli beigelegt worden. Ebenso einmütig wie unsere Kollegen ihre Arbeitsstätte verlassen haben, sind dieselben am Montag, den 11. Juli an ihre Plätze zurückgekehrt.

Die Verwaltung der Filiale I.

I. A.: Joh. Hass.

Im Norddepartement Frankreich (besonders Lille), wo die Kollegen in einer Tarifbewegung stehen, sind Differenzen zu erwarten. Kein Lithograph oder Steindrucker soll zur Zeit, ohne Erkundigung eingezogen zu haben, nach dort gehen.

Streiks:

Breslau (Firma Mamelock & Söhne).

Gesperrt die Firmen:

W. Hoffmann, Lichtdruckanstalt, Dresden.
Dietz'sche Hofbuchdruckerei, Coburg.
H. Groben, Solingen (Lith. u. Steindr.)
van Heese Söhne, Lüdenscheid (Lith. u. Stdr.)
Thüringer Blechemballagen Fabrik, Jena.
Oskarshamus Tryckeri aktie bolag in Oskarshamu (Schweden).
B. Pokrantz, Hannover (Lithogr. u. Steindr.)
Lalonde Maillot in St. Amand.
Graz wegen Tarifbewegung.

Vor Stellungannahme sind stets Erkundigungen einzuziehen, sonst event. Verlust der Unterstützung; besonders nach:

Aachen, Bielefeld, Breslau (Lith. u. Steindr.), Cassel, Elberfeld (Lith.), Emmerich, Fürth i. B., Göppingen, Hamburg-Altona (Lith., Firma Ludewig), Herisau (W. Marty & Co.), Kiel, Koblenz, Köln a. Rh., Leipzig, Magdeburg, Meiningen, Mügeln, München (Lith. u. Stdr.), Münden (Fahnenfabrik), Niedersiedlitz, Nürnberg (Lith. u. Chem.), Offenbach, Offenburg, Saarlouis, Strassburg i. E., Weimar, Wien, Budapest und ganz Ungarn, Trier.

Die Karten fürs Reichsstatistische Amt sandten trotz Mahnung und zweimaligem Hinweis in der »Graph. Presse« verspätet resp. gar nicht ein die Mitgliedschaften:

Bietighem, Jena, Königsberg, Wandsbeck und Wiesbaden.

Die Mitgliederzahl ist nach dieser Umfrage am 1. Juli 10677 gewesen.

Der Vorstand.

Nachtrag zur Delegiertenwahl.

Gewählt wurden für den Wahlkreis:

17. Berlin-Lichtdr.: Fr. Dressler.
18. Leipzig „ Morche.
26. Hannover-Stdr.: Spangenberg.
38. Köln „ A. Müller-Krefeld-Lith.
39. Barmen „ G. Neumann.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker. Bekanntmachung.

Der Stuttgarter Arbeitsnachweis wird von jetzt ab von Herrn Heinrich Wagner, Adlerstr 12, verwaltet.

Berlin 2. Juli 1904.

Wilhelm Felsing, Max Sahn,
Prinzipal-Vorsitzender, Gehilfen-Vorsitzender

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Berlin SW. 48, Friedrichstrasse 239.

Bekanntmachung.

Indem wir nachstehend unsere Tarif-Arbeitsnachweise in Erinnerung bringen und um deren ausgiebigste Benutzung ersuchen, machen wir wiederholt darauf aufmerksam, dass dieselben nach § 2 der Satzungen nur Bundesprinzipalen Arbeitskräfte und Verbandsgehilfen Stellung nachweisen dürfen. Wir lassen die Adressen der Nachweise und deren engeren Geschäftsbereich hier folgen:

Arbeitsnachweis Berlin.

Verwalter: Albert Kunert, SO. 26, Reichenbergerstr. 35 bei Schwitzke.

Umfasst: Norddeutschland, und zwar das Königreich Preussen (mit Ausnahme der Provinzen Sachsen und Rheinland-Westfalen), die beiden Mecklenburg, die drei Hansastädte, Oldenburg, Braunschweig und Lippe.

Arbeitsnachweis Leipzig.

Verwalter: Wilh. Oest, Körnerstrasse 23.
Umfasst: Mittelddeutschland, und zwar das Königreich Sachsen, die sächsisch-thüringischen Herzogtümer, Anhalt und die Provinz Sachsen.

Arbeitsnachweis München.

Verwalter: Adolf Diernberger, Blütenburgerstrasse 23III.

Umfasst: Bayern mit Ausnahme der Rheinpfalz, sowie das Grossherzogtum Hessen.

Arbeitsnachweis Stuttgart.

Verwalter: Heinrich Wagner, Adlerstrasse 12.
Umfasst: Süd-West-Deutschland, Württemberg, Baden, die Rheinpfalz und Elsass-Lothringen.

Arbeitsnachweis Düsseldorf.

Verwalter: G. Wüst, Grünstrasse 17I.

Umfasst: Rheinland-Westfalen.

Den Ausgleich von Angebot und Nachfrage zwischen den Nachweisen regelt das Tarifamt.

Bei der bisherigen Vermittlung hat sich als Uebel herausgestellt, dass die Meldung über angenommene und besetzte Stellen bei den Nachweisen nicht prompt genug erfolgte, sodass vielfach seitens der Nachweise noch zur Besetzung von Stellen aufgefördert wurde, die mittlerweile durch Vermittlung des einen oder anderen Nachweises ihre Erledigung gefunden hatte. Bisher bestand die Bestimmung, dass diejenige Firma, die einen vom Nachweis überwiesenen Gehilfen einstellte, unter Benutzung der überreichten Arbeitskarte den betreffenden Nachweis von der erfolgten Einstellung in Kenntnis setzte. Dagegen blieb derjenige Nachweis, welcher die Stelle als »offen« dem Tarifamt gemeldet hatte, solange von einer Besetzung der Stelle unbenachrichtigt, als bis dem Tarifamt diese Mitteilung von dem vermittelnden Nachweise zuzug. Um nun unnütze Bewerbungen beiden Teilen zu ersparen, richten wir hierdurch an die in Stellung tretenden Gehilfen das dringende Ersuchen, nach Annahme der Stellung sofort denjenigen Nachweis davon in Kenntnis zu setzen, in dessen Bezirk (siehe oben) die Arbeitsstelle liegt. Für die Prinzipalität bleibt dagegen die bisherige Rücksendung der Arbeitskarte an den vermittelnden Nachweis bestehen.

Unter Hinweis auf das in letzter Nummer zur Veröffentlichung gebrachte Verzeichnis der tarifanerkennenden Firmen richten wir an die tariftreue Prinzipalität und Gehilfenschaft die Bitte, an der Hand dieses Verzeichnisses prüfen zu wollen, welche Firmen unserer Tarifgemeinschaft noch fernstehen. Das Ergebnis dieser Prüfung wolle man dem betreffenden Kreisvertreter oder dem Tarifamte direkt mitteilen, damit es den Tariforganen möglich ist, auch diese Firmen für die Tarifsache zu gewinnen.

Berlin, 9. Juli 1904.
Wilhelm Felsing, Max Sahn,
Prinzipal-Vorsitzender, Gehilfen-Vorsitzender.

Schlaue Diplomatie.

Vorbereitungen zur bevorstehenden Generalversammlung betreiben wieder eifrig unsere Berliner

Kollegen. Den Reigen eröffnete noch kurz vor dem Rücktritt von seiner Verbandstätigkeit Kollege Dübelt und versetzte dem Ausschuss eine schallende Ohrfeige, um den Kollegen zu beweisen, dass diese Institution doch nur die eine Aufgabe hat, die tüchtigsten Mitglieder aus unserem Verband hinauszugrauen und das Verantwortungsgefühl der leitenden Personen zum Teufel zu jagen. Dieser Ausschuss, der steckt gewissen Personen doch verflucht im Kopfe; eigentlich auch gar nicht zu verwundern, denn wäre der nicht, dann könnte man ja ungehindert thun und lassen was man will. Da ich nun auch zur Klasse derjenigen gehöre, welche eine »durch aussergewöhnliche Massnahmen grossgezogene Vereinengenommenheit gegen die Berliner hegen«, so werden die Herren wohl gütigst entschuldigend, dass ich ihre beiden Resolutionen (s. »Gr. Pr.« No. 24 u. 27) etwas unter die Lupe nehme, um den wahren Zweck derselben zu finden.

»Der Ausschuss hat mit Hilfe eigenartiger Machinationen und statutenwidriger Gewaltmassregeln, die Auflösung des im Jahre 1901 gewählten Vorstandes herbeigeführt.« Eigentümlich! Unsere Berliner Führer müssen doch ein sehr schwaches Gedächtnis haben, denn meines Wissens hat nicht der Ausschuss, sondern Mescha und 19 Kollegen die Auflösung herbeigeführt und zwar mit Recht, denn Nichtmitgliedern können wir an unseren Vereinsarbeiten keine Teilnahme gestatten. Hier hat der Ausschuss ganz nach moralischen und logischen Gesetzen gehandelt und dass er das Richtige getroffen hatte, das beweisen noch heute die Versammlungsberichte, aus denen durchgängig zu ersehen ist, dass die übergrosse Mehrzahl der Kollegen diese Handlungsweise der betreffenden Personen in Berlin verurteilten.

»Die Beamten des Vereins sollen laut Beschluss der süddeutschen Konferenz der Kontrolle des Ausschusses unterstellt werden, ihrer Bewegungsfreiheit sind somit Grenzen gezogen, die einer energischen, freien Vereinsthätigkeit absolut hindernd gegenüberstehen.« Ja glauben denn die guten Leute, es gab nicht Gründe genug, welche die Konferenzteilnehmer bestimmten, diesen Beschluss zu fassen. War nicht die Beamtenanstellung allein schon Grund genug. Nach der Auffassung der Dübelt und Genossen natürlich nicht, denn sie waren ja im Recht; die Lithographenfamilie wäre sicher elendiglich zu Grunde gegangen, wenn sie mit ihrer Anstellung noch hätte warten müssen bis zur Generalversammlung. Ich erkenne die Notwendigkeit gerne an, aber was hätten gerade diese Leute dazu gesagt, wenn eine andere Zahlstelle sich die Freiheit genommen hätte. Die Mitglieder hätten sich sicher noch geduldet; so aber wollten sie wieder einen Kompetenzfall schaffen auf Grund ihrer Macht. Hatten die Berliner das Recht, »ohne Wissen und Willen der gesamten Mitglieder« ihren Staffeltarif einzureichen? Ich glaube, diese Handlung war von so weittragender Bedeutung, dass wir alle Ursache haben, über die Thätigkeit unserer Beamten zu wachen, dieselben unter Kontrolle zu stellen. Aber auch die Vorkommnisse im Hauptvorstand geben uns zu denken und eben weil wir wissen, dass unser Vorstand seiner verantwortlichen Aufgabe nicht mit der grössten Vollkommenheit nachkommen kann, deshalb verlangen wir eine Institution, welche gegebenenfalls entscheidend eingreifen kann. Wir Provinzler sagen uns eben noch immer: doppelt genäh hält besser. Ich glaube nicht deutlicher werden zu müssen, man wird mich verstehen. Die bürokratischen Handlungen des Ausschusses sollen dessen Aufhebung bedingen; als ob man, wenn wirklich dies wahr wäre, den Sitz desselben nicht verlegen könnte. Die ganze Art und Weise lässt erkennen, dass mit diesem Antrag den übrigen Kollegen ein Schnippchen geschlagen werden soll, auf das unsere Delegierten aber hoffentlich nicht hereinfallen werden. Hören wir, was Tischendörfer sagte in Halle (Protokoll S. 45) anlässlich der Berichterstattung über Leipzig: »Diese Verstimmung (zwischen Vorstand und Ausschuss) hat ihren Grund nicht in persönlichen Anrempelungen, sondern im wesentlichen durch eine intensive Auffassung der Pflicht.« »Gr. Pr.« No. 35, Jahrg. 1901: »Sonst ist der Ausschuss künftig in der Hauptsache Beschwerdekommission und hat als solche auch seine grosse Bedeutung.«

Nun zur zweiten Resolution: Himmel noch mal, was müssen die Kollegen ausserhalb Berlins doch für intelligente Leute sein, dass sie sich mit solcher einer »schwulstigen, Gedankenarmut« verrätenden Kost des Redakteurs zufrieden geben, was müssen vor allem die Nürnberger Kollegen für Idioten sein, die das Kesselreiben der Berliner nach kurzer Thätigkeit Obiers im Jahre 1902 durch ihre Resolution zu nichte machten und von den Kollegen in Hannover so famos sekundiert wurden. Tischendörfer schrieb damals in No. 29 der »Gr. Pr.«: »Die Bedeutung pompastischer Protestresolutionen ist meist sehr gering einzuschätzen, da sie eine Vergewaltigung abweichender Anschauungen vielfach in sich schliessen und geeignet sind, ein ganz falsches Bild von der tatsächlichen Ueberzeugung der Versammlungsbesucher zu geben. Verständige Menschen begnügen sich daher bei solchen Auseinandersetzungen stets mit der Aussprache und zwar schon deshalb, weil hierbei das Prinzip der Gerechtigkeit gegen alle Beteiligten in der weitgehendsten Weise zu seinem Rechte kommt.«

Da, wenn man nun boshaft wäre!! Dass niemand zwei Herren dienen kann, das wissen die Herren

wohl auch und dass etwas dabei Schaden leiden muss, ist wieder begreiflich; gleichzeitig kann aber doch konstatiert werden, dass die Presse gegen früher wesentlich besser ist. Nur gemacht ihr Leute, auf einen Hieb fällt kein Baum.

Da nun die Grössen von Berlin bereits vor ihrer Ankunft in Halle im Jahre 1901 ausgemacht hatten, die Redaktion mit nach Berlin zu nehmen und den Kollegen Dübelt zum Redakteur, den Koll. Borisch zum Zentralvorsitzenden bestimmt hatten, Silier war als Lokalbeamter nach Leipzig gedacht; so darf man wohl den Delegierten äusserste Vorsicht und Prüfung dieser Resolutionen empfehlen, denn fast scheint es, dass das System dasselbe geblieben ist, nur die Mittel, die Personen sind teilweise andere.

Verwahrung ist aber auch dagegen einzulegen, dass man unseren Berliner Kollegen vormacht, es bestände eine grosse Voreingenommenheit gegen sie; bestehen thut eine solche allerdings, aber nur gegen verschiedene Personen und nicht auf Grund aussergewöhnlicher Massnahmen des Ausschusses, sondern in Folge ihres Auftretens.

Berichtigung.

Im Adressenverzeichnis der tarifreuen chemisch-graphischen Anstalten u. Kupferdruckereien Deutschlands sind aus Versehen folgende Anstalten weggelassen worden unter Kreis II:

Louis Glaser, Leipzig.
Hugo Horn's Gravieranstalt und Zinkographie Leipzig.
H. F. Jütte, Leipzig.
Julius Klinkhardt, Leipzig.
A. Knobloch, Leipzig.
Körner & Dietrich, Leipzig.

Zum Lichtdrucker-Tarif.

Verzeichnis der Firmen, welche den Tarif anerkannt haben.

Robert Prager, Berlin.
Paul Schall, Berlin.
Erste Schles. Lichtdruck- und graph. Kunstanstalt, Breslau.
R. Oschatz, Chemnitz.
Lautz & Balzer, Darmstadt.
Markert & Sohn, Dresden.
Trau & Claus, Dresden.
C. F. Fay & Co., Frankfurt a. M.
Kumpf & Co., Frankfurt a. M.
Kühl & Co., Frankfurt a. M.
Thiel & Co., Frankfurt a. M.
Wiesbaden & Co., Frankfurt a. M.
Robert Scholz, Görlitz.
Louis Koch, Halberstadt.
Gebr. Plettner, Halle a. S.
Knackstedt & Näther, Hamburg.
Alpers, junior, Hannover.
Thüringische Kunstanstalt, Koburg.
Louis Glaser, Leipzig.
Pinkau & Co., Leipzig.
C. G. Röder, Leipzig.
Sinsel & Co., Leipzig.
Paul Trabert, Leipzig.
Dr. Trenkler & Co., Leipzig.
Carl Kuhn, München.
Wilhelm Biede, Nürnberg.
Fabian & Co., Rawitsch.
Schar & Dathe, Trier.

Von folgenden Firmen, soweit unsere neue Statistik zeigt, war bis jetzt die schriftliche Anerkennung nicht möglich, jedoch sind die im Tarif vorgesehene Bedingungen in seiner Hauptsache erfüllt und meist noch mit günstigeren Verhältnissen.

Berliner Lichtdruckanstalt, Berlin.
Dienstbach, Berlin.
Gebr. Deyhle & Wagner, Berlin.
Albert Frisch, Berlin.
Graphische Gesellschaft, Berlin.
Hadorf & Co., Berlin.
Högelein & Schwabe, Berlin.
Gebr. Neumann, Berlin.
P. Schall, Berlin.
Stange & Wagner, Berlin.
Stern & Schiele, Berlin.
Troisch, Berlin.
Wasmuth, Berlin.
Schade, Bonn.
Pinkenhahn Sohn, Chemnitz.
Otto, Düsseldorf.
Römler & Jonas, Dresden.
K. Obrist, Karlsruhe.
Bachem, Köln.
Graphia, G. m. b. H., München.
Hanfstengel, München.
Obernetter, München.
Spitzer, München.
Bentsch, Magdeburg.

Verbesserungen, infolge Einführung der tariflichen Arbeitsbedingungen sind eingetreten in folgenden Firmen:

Bentsch, Fabian & C. C. F. Fay. Knackstedt & Näther. Koch. Kühl & Co. Lautz & Balzer. Markert & Sohn. Obrist. Oschatz. Otto. Pinkenhahn Sohn. Prager. Römler & Jonas. Röder. Robert Scholz. Sinsel & Co. Stengel & Co. Thiel & Co. Paul Trabert. Trau & Claus. Dr. Trenkler. Wiesbaden & Co.

Mit vorstehendem hielten wir es für unsere Pflicht, über den jetzigen Stand unserer Tarifbewegung zu berichten.

Von den in Deutschland befindlichen Firmen sind in der Hälfte derselben, die tariflichen Bedingungen eingeführt. Sache der Kollegen in den noch fehlenden Firmen ist es, fortgesetzt für die Erfüllung des Tarifes einzutreten, wie auch bei Stellungswechseln nur solche Firmen zu berücksichtigen, wo mindestens die tariflichen Bedingungen erfüllt sind. Von Firmen, wo die Berichte noch ausstehen, aber die tariflichen Bedingungen erfüllt sind, erfolgt die Bekanntmachung nach Eintreffen eines diesbezüglichen Berichtes. Alle weiteren Nachrichten und Beschwerden sind von nun an direkt an das Tarifamt in Leipzig zu richten.

Mit kollegialem Gruss

Die Zentral-Kommission:

I. A.: Franz Trapp, Berlin, Pallisandenstrasse 92.

Die Tarifamts-Vertreter:

I. A.: Wilhelm Marré, Leipzig, Bernhardstr. 44II.

Korrespondenzen.

(Korrespondenzen ohne Beidruck des Stempels der Zahlstelle oder Filiale finden keine Aufnahme.)

Berlin, Filiale V, Kupferdrucker. General-Versammlung vom 22. Juni. Der 1. Vorsitzende Kollege Eggebrecht eröffnete um 1/9 Uhr die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl des 2. Bevollmächtigten. 2. Arbeitsnachweisbericht. 3. Bericht des Wahlkomitees. 4. Bericht der Vergütungskommission. 5. Verschiedenes. Nach Verlesen und Genehmigung des Protokolls erfolgte die Wahl des 2. Bevollmächtigten und wurde Kollege Karl Suchy mit grosser Majorität gewählt. Nun gab Kollege Miltz einen ausführlichen Bericht über den Arbeitsnachweis. M. bedauerte, dass es immer noch Kollegen giebt, die dem Arbeitsnachweis nicht Folge leisten, betreffs regelmässiger Meldung. Eine eigene Sache ist es mit der Reihenfolge, in den meisten Fällen werden hier immer bestimmte Drucker verlangt, es handelt sich jedoch nicht um Spezialarbeiter. Kollege Eggebrecht teilte mit, dass bei der Abschliessung des Tarifes wohl die Leistungsfähigkeit nicht gespielt hat, jedoch nicht in dieser Weise, dass man sich die Drucker aussucht. Ferner fragte E. an, wie es komme, dass eine hiesige Firma im Besitze der Arbeitslosenliste, sowohl wie im Besitze der Listen der sich zur Veränderung gemeldeten Drucker ist? Auf jeden Fall muss dieses in Zukunft vermieden werden. Kollege Miltz führte aus, dass er hiervon nicht unterrichtet sei, er ja auch nur Beisitzer im Arbeitsnachweis ist, das heisst nur beim Besetzen von Stellen (Kupferdrucker) mitwirkt. Das Wahlkomitee teilte nun mit, dass Kollege Eggebrecht zum Delegierten zur Generalversammlung gewählt ist. E. bedankte sich für das Vertrauen und gab die Versicherung, dass er alles, was den Kollegen zum besten diene, gewissenhaft vertreten werde. Die Vergütungskommission brachte folgenden Bericht: Am 8. Oktober findet das 9. Stiftungsfest, und zwar in den Zentral Festsälen, alte Jakobstr. statt. Die Kommission ersuchte die Mitglieder, welche durch Vorträge oder sonstige Leistungen zur Verschönerung des Festes beitragen wollen, sich zu melden. Beim Verschiedenen teilte Kollege Eggebrecht die Gründe mit, die zur Ausschliessung des M. Lang geführt haben. Ferner teilte E. mit, dass in der nächsten Versammlung ein Tarifamtsmitglied gewählt werden muss, da Kollege Breit sein Amt niedergelegt hat. E. bedauerte das Scheitern Breit's, da selbiger stets rastlos gearbeitet hat. Schluss 9 1/2 Uhr.

P. K.

Breslau. In der am 28. Juni abgehaltenen Monatsversammlung, wo unter Vereinsangelegenheiten die Delegiertenwahl zur Generalversammlung auf der Tagesordnung stand, wurden für die Lithographen, Kollege Höder aus Glogau und für die Steindruckerkollege Globig aus Breslau mit bedeutender Majorität gewählt. Nach dem kam der Ausstand in Firma Mamelock & Söhne zur Diskussion. Es ist vor allem hervorzuheben, dass der Geist unter den Ausständigen ein vorzüglicher ist und da sich bis jetzt noch kein Arbeitswilliger gefunden hat, so ist, wenn der Zuzug weiter so streng fern gehalten wird, Aussicht vorhanden, dass die Firma doch die Forderung (Abschaffung der weiblichen Maschinenmeister) anerkennen muss. Die Verwaltung, welche zu jeder Zeit bereit ist, in Verhandlung einzutreten, hat unter diesen Verhältnissen durchaus gar keine Veranlassung, nochmals an die Firma heranzugehen, sondern wartet ab, bis sich Herr Mamelock dazu bereit erklären wird. Als 3. Punkt der Tagesordnung wurde der Antrag Hannover des Deutschen Senefelder-Bundes (Verschmelzung) besprochen. Nachdem Kollege Globig denselben im allgemeinen erläutert hatte, sprachen sich sämtliche Redner im Prinzip für eine Verschmelzung beider Organisationen aus. Kollege Albrecht führte allen die Vorteile einer Verschmelzung vor Augen, betonte aber, dass der Antrag so recht aus den Herzen der Bundesmitglieder kommt; da dem Verein gar keine Zugeständnisse gemacht werden, sondern derselbe in Onaden im Bund aufgenommen werden soll. Diesem gegenüber, führte er aus, dass wir wohl alle für einen Zusammenschluss zu haben sind, doch muss vor allen Dingen ein Passus gefunden werden, wonach die Gegensätze, welche in dem Antrage enthalten sind, beseitigt werden. So müssten alle Bundes-Mitglieder, welche dem Verein noch nicht angehören, denselben beitreten, wogegen das jetzige Bundesstatut dies den Vereins-Mitgliedern noch un-

möglich macht. Zum Schluss wurde noch bekannt gegeben, dass die Lichtdrucker beschlossen haben, eine eigene Sektion zu bilden, um den Zusammenhalt und das spezielle Interesse besser wahren zu können. Gleichzeitig wurde dem Obmann Sitz und Stimme im hiesigen Vorstand zugesichert, darauf Schluss um 12 Uhr.

Dresden. Am Sonnabend, den 18. Juni, fand im Gasthaus »Senefelder« die Monatsversammlung der Lithographen statt. Zu Punkt I referierte Genosse Krüger über »Welches Interesse hat der gewerkschaftlich organisierte Arbeiter an der Kommunalvertretung? Er erwähnte: Die Gewerkschaft ist für den Arbeiter die Bedingung der wirtschaftlichen Macht, durch welche er seine Lebenshaltung heben kann, seinen Lohn verbessert u. s. w. Aber der Arbeiter hat nicht nur mit der Gewerkschaft, er hat mit noch mehr Bedingungen, welche sich im öffentlichen Leben abspielen, zu rechnen. Er muss jede Frage, welche sein Interesse bedingt, aufmerksam verfolgen. Es kann ihm z. B. die Zusammensetzung der Vertretung zum Reichstag, Landtag sowie Kommune durchaus nicht gleichgültig sein. Es kann sein, dass eine Kommunalverwaltung nicht mit Verständnis der jetzigen Entwicklung Rechnung trägt und daher muss den Arbeiter interessieren, ob in einer Gemeindevertretung, dem Parlament Abgeordnete angehören, wo noch vorwärtsflutende Zustände herrschen oder nicht. Die Steuern z. B., welche eine Stadt erhebt, um ihre Ausgaben zu bestreiten, dürfen keine indirekten (Eingangszoll etc.) sein, denn solche passen nicht mehr in eine Stadt, wo das moderne Industriesystem vorherrscht, hinein. Derartige Steuern verteuern dem Arbeiter ungemein seine Lebensmittel und daher sollten wir versuchen, Mittel und Wege zu finden, diesem veralteten System aus patriarchalischer Zeit, welches wohl noch für Gemeinden mit ausschliesslicher Oekonomie (Ackerbau und Viehzucht) passen mag, aber nicht für Industriezentren, ganz entschieden entgegenzutreten. Aus allen diesen Gründen und so wie eine Gemeinde mit einer grossen Anzahl Arbeiter zu rechnen habe, sei natürlich der Regierungsapparat einer Gemeindeverwaltung ein viel komplizierterer und schwierigerer als auf dem flachen Lande. Das Fundament des Staates sei die Gemeinde und letztere müsse sich den Zeitverhältnissen anpassen. Sei doch schon durch das Reichsreizungsgesetz und das Staatsangehörigkeitsgesetz vieles anders geworden und der guten alten Zeit manches entfallen, wo der Sohn des Vaters Wirtschaft weiter führte und der moderne Kapitalismus noch kein Heer von ständigen Arbeitslosen geschaffen hatte. Aber da das Gemeindeparlament doch immerhin eine ungeheure Macht ausübe in Angelegenheiten der Kirche, Schule, Volkshygiene, Wohnungswesen, Wohlfahrtseinrichtungen, Handel und Verkehr, hat der Arbeiter ein ganz eminentes Interesse an der Gemeindevertretung und muss seine Rechte fordern, um mitzuwirken an der Gemeindegesetzgebung. Laut Krankenkassenstatistik zählte Dresden am 1. Juli 1908 150727 Arbeiter, es ist also nicht mehr wie früher »Rentier«, sondern Industriestadt. Da sei es für uns ein höchst wichtiges Moment, zu wissen, dass nicht richtig gewirtschaftet wird. Hier erwähnte er besonders die Umsatzsteuer, welche vom Stadtvordnetenkollegium angenommen wurde zu dem Zwecke, die grösseren Geschäfte und ganz besonders auch die Konsumvereine zu einer verhältnismässig hohen Extrasteuer heranzuziehen, um dadurch deren Entwicklung zu beengen, ja deren Existenzfähigkeit in Frage zu stellen, nur — um den Kleinkaufmann und Kleinhändler, also den sogenannten Mittelstand oder wie man sich sagte, die sichersten »Stützen von Thron und Altar«, zu erhalten. Und die Erhaltung dieses Parasitentums müssen selbstredend die Hauptkomponenten, die Arbeiter, tragen. Also eine Vorlage, welche den Arbeiter in ärgster Weise schädigt und damit — dass der Bauer und Kleinhändler seine monarchische Gesinnung nicht verliert (Kommentar überflüssig). Redner bespricht dann noch die Dresdener Städteausstellung. Nach Schluss derselben petitionierten, durch diese angeregt, die evangelischen Arbeitervereine wegen Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises. Auch das Gewerkschaftskartell nahm hierzu Stellung und gab seine Zustimmung unter für uns selbstverständlichen Bedingungen. Damit waren nun allerdings die Herren Stadtverordneten gar nicht einverstanden, indem sie meinten, wenn die Verwaltung eines solchen Arbeitsnachweises ohne Unterschied der Reihe nach gehen müsste, ja — dann müssten doch auch die Trinker, Werkstättenaufwiegler etc. an die Reihe kommen. Da nun auch der »wohlthätige Verein« gegen Armut und Bettelei dagegen petitioniert, fiel — wie von vornherein angenommen war — die Angelegenheit ins Wasser. Wo also eine solche Vertretung ist, die dem Arbeiter wohl Pflichten, aber keine Rechte zuerkennt, existiert, wo, wie hier, die Antisemiten die Herrschaft ausüben, welche dem Arbeiter kein Recht auf Arbeit, aber dafür auf Hungern einräumt, da ist von grössten Nöten, dass auch wir das Bürgerrecht erwerben und uns Eingang verschaffen in das Gemeindeparlament. Es ist Pflicht für uns, nicht nur den direkt um uns liegenden Dingen Aufmerksamkeit zu widmen, sondern unser Interesse dem kommunalen Gebiete mehr und mehr entgegenzubringen. Mit einem warmen Appell an alle Kollegen, das Bürgerrecht zu erwerben, schloss der allgemein interessante Vortrag. Eine in der Debatte gestellte Frage, welche Papiere resp. Aus-

